

Schwarzwälder Tageszeitung

Mus den Lannen

Fernsprecher
No 11

Bezugspreis: Im Monat April 1930 RM. mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 80 RM. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 150 RM, die Reklamezeile 400 RM. Mindestbetrag für die ersten 10 Zeilen der Zeitung ist 10 RM. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt möglich.

No. 77.

Altensteig, Mittwoch den 4 April.

Jahrgang 1928

Getreidewirtschaft und Brotversorgung des nächsten Jahres.

Von Dr. Luther,

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. **Aufmerksame Zeitungsleser wissen, daß der Reichstag in die Osterferien gegangen ist, ohne daß eine Abstimmung über die Grundlinien der Getreidewirtschaft des nächsten Erntejahres zustande gekommen war. Die Urliste der zukünftigen Beschlußfassung und der Stellungnahme der Reichsregierung dazu, sind indessen so deutlich abgezeichnet, daß nach aller Voraussicht das Ergebnis feststeht. Die einzige, freilich sehr wichtige unmittelbare Wirkung dieses Ergebnisses, das an Stelle der bisherigen Zwangsumlage die freie Getreidewirtschaft zum Ausgangspunkt nimmt, wird und muß die sein, daß die deutschen Landwirte alles aufbieten, was als Teil der Frühjahrsarbeiten noch möglich ist, um dem deutschen Volk eine reichliche und gute Getreideernte zu sichern. Die Voraussicht, nicht mehr unter wirtschaftlichen Hemmnissen und obrigkeitlichen Eingriffen bei der Getreidewirtschaft zu stehen, muß der Ansporn für den deutschen Landwirt werden, auch alle Kreditnöte der Gegenwart und sonstigen Schwierigkeiten, die dem Einzelnen aus der so notwendigen Marktbefestigung erwachsen, sind nach aller Möglichkeit zu überwinden. Das wird die erste Einlösung des Versprechens der deutschen Landwirtschaft sein, bei Freigabe des Brotgetreides vom Zwang die deutsche Volksernährung dauernd erheblich zu verbessern.**

Alle sonstigen Folgeerscheinungen der zu erwartenden Reichsentscheidung werden, da es sich um das nächste Erntejahr handelt, der Bevölkerung keinesfalls vor dem Herbst fühlbar werden. Eine Steigerung des sogenannten Abgabepreises der Reichsgetreidestelle, die Rückwirkungen auf den Brotpreis haben würde, übrigens zurzeit in keiner Weise beabsichtigt ist, würde eine Angelegenheit des laufenden auf der Umlage beruhenden Erntejahres sein, in dem wie bekannt ein sehr großer Abstand zwischen den Ausgaben und den Einnahmen der Reichsgetreidestelle entstanden ist. Auch die Frage, wie lange und in welchem Umfange die Verteilungswirtschaft mit ihrem Kartensystem in das nächste Erntejahr hinein noch fortgesetzt werden soll, muß bis auf weiteres offen bleiben; zureichende Möglichkeiten nach dieser Richtung sind durch die Höhe der beabsichtigten Reserve (3 1/2 Millionen Tonnen) gegeben.

Die zu erwartende Einführung der freien Wirtschaft, die übrigens in Oesterreich schon seit dem laufenden Erntejahr wieder besteht, ist nichts anderes als die Verwirklichung des Programms der Reichsregierung, das sich mit dem Programm der früheren Reichsregierung deckt, die ihrerseits in jener Note vom 14. November 1922 an die Vertragsgegner von Versailles geschrieben hat: „Zweck Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Zwangswirtschaft des Brotgetreides abgebaut werden. Bei einer Besserung der Markt fallen die wesentlichen Gründe für die bisherige Getreidepolitik fort.“ Die jetzt erstenscheinweise eingetretene Marktbefestigung hat sogar eine weitergehende Wirkung gehabt, indem durch sie das bisherige Umlagesystem in eine Art Zwiemühle geraten ist dadurch, daß sich der Umlagepreis dem freien Marktpreis fast angenähert hat. Das Deutlichwerden dieser Erscheinung gerade in den letzten Wochen hat in den maßgebenden Kreisen, besonders auch im Reichstag, die Ueberzeugung von den schweren Bedenken, die einer Wiederholung der Umlage im Wege stehen, noch gesteigert. Dadurch rückt ganz in den Vordergrund der Gesichtspunkt, daß, wenn die Landwirtschaft im nächsten Jahre von der Umlage frei sein soll, dies auch schon im nächsten Jahre bekannt werden müsse, damit günstige Wirkungen auf die Frühjahrsbekleidung noch möglich sind. Bei diesem Sachverhalt sind die ersten Bedenken, ob die nach allen Richtungen so weittragende Frage während des Kampfes überhaupt behandelt werden solle, überwunden, und es ist im Reichstag unter Zustimmung der Reichsregierung schnell gehandelt worden.

Die eindeutig der Sachverhalt jetzt ist, geht daraus hervor, daß mit Ausnahme der kommunistischen Partei, deren Antrag noch auf andere politische Ziele abgestellt ist, sich keine Stimme im Reichstag für eine Umlage erhoben hat. Auch der sozialdemokratische Antrag zielt grundsätzlich auf den freiwilligen Austausch von Stroh und Brotgetreide ab. Er verneint auch die bisher mit der Umlage verbundene Unterbestimmung an den Landwirt.

indem er die Austauschmengen an Stroh annähernd im Friedensverhältnis gegen Getreide geben will. Bei der Durchführung dieses Planes würde nach den jetzigen Strohpreisen, die aber nicht ohne weiteres als unänderbar angesehen werden dürfen, der Landwirt sogar nicht bekommen, als bei Bezahlung des Getreides nach freiem Marktpreis, wie die Mehrheit des Reichstages sie wünscht. Der sozialdemokratische Antrag will eine sehr erwünschte Erzeugungsteigerung herbeiführen, leider in einer nach Ueberzeugung der Reichsregierung und der Mehrheit des Reichstages unausführbaren Form.

Die beiden großen Vorschläge, die im Reichstag einander gegenüberstehen, sehen also im Gegensatz zum bisherigen Verfahren eine Unterbezahlung an den Landwirt nicht mehr vor. Wird das Rückwirkungen auf den Brotpreis haben? Die Wirkung auf den Brotpreis kann keinesfalls erheblich sein. Schon jetzt beruht der verhältnismäßig sehr billige Preis des Marktbrottes nur zu einem recht geringen Teil auf der Unterbezahlung des Umlagegetreides. Viel stärker schlagen zu Buch der frühzeitige Ankauf des Auslandgetreides durch die Reichsgetreidestelle und Zuschüsse aus allgemeinen Mitteln. In Zukunft würde die Bedeutung der Unterbezahlung für den Brotpreis noch geringer werden. Eine Umlage zu herabgesetztem Preis in einem Ausmaße, der nach dem jetzigen Stand der Umlagefrage noch vorstellbar wäre, würde im gesamten Brotpreis keinesfalls mehr als 0-10 Prozent ausmachen. Ueberdies würde ein solcher Betrag durch einen Fortfall der Unkosten der öffentlichen Getreidewirtschaft mehr als ausgeglichen werden.

Die Frage des Brotpreises muß mithin von anderen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Wichtig ist zunächst, daß die Reserve in der Hand des Reiches dazu bestimmt ist, spekulative Preisgestaltungen des Brotgetreidespreises zu unterbinden. Zu bedenken ist weiter, daß der jetzige Zustand, wonach Löhne und Gehälter und die davon abgeleiteten Einnahmen freier Berufe nicht auf einen wirtschaftlich richtigen, sondern auf einen künstlich gehobenen Brotpreis eingestellt sind, ein Stück innerer Unwirtschaftlichkeit unserer Volkswirtschaft darstellt, dessen Ueberwindung ein wesentlicher Teil des wirtschaftlichen Gesundungsvorganges sein wird. Ganz anders liegt die Frage natürlich bei allen denen, die nicht oder nicht hinreichend in den Wirtschaftsablauf eingeschaltet werden können (Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsober usw., auch Kinderreiche). Hier muß gerade beim Brot, dessen besondere Bedeutung für unsere Ernährung ja jedermann kennt, aus sozialen Gründen für eine fühlbare Erleichterung gesorgt werden. Ueber die Art der Abdeckung der hierdurch entstehenden Kosten, die entsprechend der zu lösenden Aufgabe erheblich sein werden, liegen zwei verschiedene Anträge im Reichstage vor, die aber beide die Mittelaufbringung hierfür als festen Bestandteil der Gesamtregelung betrachten. Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie nur derjenigen Entscheidung zustimmen könne, die ausdrücklich eine besondere Belastung des gesamten Volkes, einschließlich natürlich des landwirtschaftlichen Volkes, vorsieht. Hierdurch wird das bisherige Verfahren verändert, das auf dem Wege der Unterbezahlung der Umlage ausschließlich den landwirtschaftlichen Besitz belastet hat.

So darf erwartet werden, daß die bevorstehende Regelung ohne soziale Schädigung die Rückkehr zu normalen wirtschaftlichen Verhältnissen erleichtert und gleichzeitig durch Verbeizung besserer Ernteerträge dem Gesamtwohl des deutschen Volkes dient.

Die Dollaranleihe.

Das Zeichnungsergebnis der Dollaranleihe ist im gewissen Sinne eine Ueberraschung. Man hätte erwarten können bei der Nachfrage nach einer wertbeständigen Anleihe, daß diese Gelegenheit im größten Maßstabe ausgenutzt werden würde. Selbst wenn wir in Betracht ziehen, daß der Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet eine allgemeine Erschütterung des Wirtschaftslebens herbeigeführt hat, daß überdies die Stützungsaktion der Reichsregierung, die den Dollarkurs auf rund 20000 senkte, die Vorliebe des Publikums für Balutanlagen vermindert hatte, so bleibt dennoch ein so erhebliches Anlagebedürfnis übrig, daß eine Ueberzeichnung der Anleihe sehr wohl möglich gewesen wäre. Wir sind infolgedessen genötigt, die Erklärung für das Ergebnis der Dollaranleihe anderswo zu suchen. Und zwar liegt sich, daß gerade der Westmarkt viel är-

ter von politischen als von wirtschaftlichen Einflüssen abhängt. Wer Geld anlegen will, bedarf der Sicherheit. Sicherheit ihrerseits wird bedingt durch die bestehende politische Ordnung. Bestehen Zweifel hinsichtlich des Bestandes eines Staates, ist er in seiner Unabhängigkeit bedroht, dann haben von ihm ausgestellte Schuldverschreibungen nur einen geringeren Wert als sonst. Die Aeußerung der Reparationskommission zur Frage der deutschen Dollaranleihe, beleuchtet diesen Tatbestand so deutlich und so sichtbar, daß dem kaum etwas hinzuzusetzen ist. Sie stellt nämlich einstimmig fest, daß Deutschland zur Ausgabe einer Dollaranleihe nicht befugt ist. D. h. wir sind nicht Herr im eigenen Hause, sondern unterstehen bei entscheidenden Maßnahmen des Staates der Kontrolle fremder Mächte. Der deutsche Staat ist zum Beauftragten der Entente-Regierungen herabgewürdigt worden. Es ist infolgedessen nicht überraschend, wenn das Zeichnungsergebnis der Dollaranleihe manches zu wünschen übrig läßt. Praktisch wird wohl von Seiten der Entente nichts erfolgen. Indessen ist die auch nur theoretische „Rechtsprechung“ der Reparationskommission ein Hinweis darauf, wie es in Wirklichkeit um unsere Lage steht. Daraus folgt, daß wir selbst dann, wenn wir wirtschaftliche Maßnahmen in dieser oder jener Richtung von Staatswegen zu treffen gedenken, zunächst die außenpolitischen Voraussetzungen dazu geschaffen werden müssen. Mit anderen Worten: es gilt die deutsche Souveränität, die deutsche Staatshoheit wieder herzustellen, ehe wir auch nur einen einzigen Erfolg versprechenden Schritt in der Richtung der Wiederherstellung unserer Wirtschaft tun können.

Die Bluttat in Essen.

Berlin, 3. April. Nachdem die deutschen Behörden ihre Ermittlungen über die näheren Umstände, unter denen die Erschießung der Krupp'schen Arbeiter in Essen erfolgte, abgeschlossen hat, ist die Reichsregierung zurzeit mit der Ausarbeitung einer Protokollnote an die französische Regierung beschäftigt.

Berlin, 3. April. Regierungsrat Dr. Gräbner hat an General Degoutte in Düsseldorf als Leiter des Regierungsbezirks Düsseldorf ein scharfes Protestschreiben wegen dem Blutbad in Essen gerichtet. Er fordert den General auf, wenn er sich mit jenem Massenmord nicht identifizieren wolle, so solle er unverzüglich alle Maßnahmen ergreifen, um das Verbrechen gerecht zu sühnen. Er stehe mit seiner Person für seine Behauptung jederzeit ein, wenn man ihm von französischer Seite die Einbringung des Wahrscheinlichkeitsbeweises anwähre.

Proteststreik bei Krupp.

Essen, 3. April. Die Arbeiterschaft der Firma Krupp ist Dienstag vormittag 10 Uhr in einen 24stündigen Proteststreik getreten. Der Betriebsrat erließ eine entsprechende Kundgebung. Die ärztliche Untersuchung der Opfer des Essener Blutbades ergab, daß tatsächlich die meisten Schüsse in den Rücken erhalten haben, jedoch von einem Angriff keine Rede sein kann.

Eindruck der Essener Bluttat in Amerika.

Frankfurt, 3. April. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus New York gemeldet wird, machen die Nachrichten über das Blutbad in Essen in New York einen starken Eindruck, dessen allgemeine Wirkung natürlich für Frankreich ungünstig ist. Andererseits wird mit wachsender Dringlichkeit die Forderung an Deutschland gerichtet, klar darzutun, wie viel es zahlen könne.

Neues vom Tage.

Der neue Wiederaufbauminister.

Berlin, 3. April. Der bisherige Reichsbauminister Dr. Albert ist nach Auflösung des Bauministeriums zum Leiter des Wiederaufbauministeriums ernannt worden.

Befestigung der Schachtanlage „Bergmannsglück“.

Duer, 3. April. Nachdem vor einigen Tagen die Schachtanlage „Besterhoit“ von den Franzosen besetzt worden ist, wurde am 2. Ostertage in aller Fröhe auch die große Schachtanlage „Bergmannsglück“ in Duer, ein Doppelschacht mit 5500 Arbeitern mit einem starken Kommando französischer Truppen besetzt. Da die Haupteingänge wegen der Festerlage verschlossen waren, drangen die Franzosen durch die Fliese ein und sprengten die Einbruchsstelle durch Drahtverbau ab. Was die Franzosen weiter vorhaben, steht noch nicht fest.

Französischer Postraub.

Zortmund, 2. April. Beim Personenzug 689 Orléans-Maine wurde der Postwagen von Vertretern der Besatzungsbehörde ausgeraubt und sämtliche im Postwagen befindliche Pakete herausgeholt und beschlagnahmt. Auf die Vorstellungen hin, wenigstens das Paketverzeichnis herauszugeben, wurde auch dies verweigert. Es ist deshalb auch nicht möglich, die Abfahnder zu benachrichtigen. 124 Pakete wurden beschlagnahmt, darunter 2 Wertpakete im Wert von 500 000 Mark.

Der belgische Sozialistenkongress.

Paris, 3. April. Der belgische Sozialistenkongress setzte seine Beratungen fort. Nach der Rede des belgischen Sozialisten Silberding nahm ein Vertreter der Labour-Party, Merix, das Wort. Er bezeichnete die Ruhrbesetzung als einen Versuch gegen den Versailler Friedensvertrag und verlangte die Aufnahme der Besatzungsstruppen sowie die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund. Der Vorsitzende des Kongresses, Banderfelde, erklärte, daß die Sozialisten nicht weniger als die anderen Parteien den Wunsch hätten, Frankreich und Belgien die Wiedereingliederung zu sichern, auf die beide Länder ein Recht hätten. Er rühmte die Bemühungen der belgischen Minister Jospar und Theunis um eine Vermittlung. Banderfelde beurteilte die Besetzung des Ruhrgebiets und sagte, es sei notwendig, aus der gegenfranzösischen, italienischen und deutschen Arbeitern hervorgehenden Lage mit Hilfe einer Entente aus Belgien, auszuweichen. In Anknüpfung an die Reise der alliierten Sozialisten nach Berlin sagte der Redner, daß die deutschen Sozialisten auf die Aufforderung der alliierten Genossen einen sachlichen und genauen Reparationsplan vorgelegt haben, der sich dem Frankfurter Reparationsplan näherte. Der Kongressvertreter Rubin erklärte, daß die deutschen Sozialisten sich so schnell wie möglich von der Regierung Cuno loslösen müssen (!).

Folgeschweres Explosionsunglück.

Leipzig, 3. April. Eine folgeschwere Explosion ereignete sich am Ostermontag auf dem Vindentaler Freizeitanlage bei Leipzig. Kinder fanden eine Eierhandgranate, die von einer Lebung der Reichswehr liegen geblieben war. Während die Granate explodierte und tödliche Verletzungen im Gesicht und an den Armen. Die Feuerwehr schaffte sie ins Krankenhaus. Ihr Zustand ist hoffnungslos.

Die Kriegbeschädigten Frankreichs zur Ruhrbesetzung.

Paris, 3. April. Der vor einigen Tagen in Marseille einberufene Kongress der französischen Kriegsbeschädigten hat in Erwiderung eines Schreibens deutscher Kriegsbeschädigter beschlossen: In der Annahme, den Willen der Kriegsoffiziere zum Ausdruck zu bringen und ohne sich über die Handlungsweise der Regierung auslassen zu wollen, fordert der Bund auch weiterhin, alle imperialistischen und annektionistischen Gelfakte zu verwerfen und jede Gelegenheit zu einer wirklichen Lösung des Reparationsproblems auf friedlichem Wege zu ergreifen. Der Kongress ist von der absoluten Notwendigkeit eines dauerhaften, auf die Frankreich zustehenden Reparationen begründeten Friedens überzeugt.

England fordert den Abzug der französischen Bahnkontrollen.

London, 3. April. Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, er erfahre, daß England an Frankreich das Ersuchen gestellt habe, eine Verbindung zwischen Köln und London durch die Beseitigung der französischen Bahnkontrollposten zu gewähren. Gleichzeitig sei darum ersucht worden, daß das britische besetzte

Gebiet mit Kohlen, Eisenerz und anderen Rohstoffen aus dem bisher besetzten und aus dem neu besetzten Gebiet verfahren wird, und daß freie Ausfuhr aller Güter aus dem britischen besetzten Gebiet nach England stattfinden.

Bonar Lows Krankheit.

London, 3. April. Nach dem „Manchester Guardian“ hat sich der Gesundheitszustand Bonar Lows sehr verschlimmert, daß die Ärzte die Möglichkeit eines Rücktritts von der Regierung ins Auge fassen. Im allgemeinen begünstigen die Konservativen die Ernennung des Schatzkänglers Baldwin zu seinem Nachfolger als Ministerpräsidenten, der Bonar Lows Politik ziemlich unverändert fortsetzen würde.

Griffioen in London.

London, 3. April. Die Oskerkonferenz der unabhängigen Arbeiterpartei nahm einen Antrag an, worin die Zurückziehung aller Besatzungsstreikkräfte gefordert wird. Der deutsche Vertreter Griffioen sprach sich gegen die Zurückziehung der britischen Truppen aus, wenn die anderen Besatzungsgruppen nicht ebenfalls zurückgezogen würden.

Aus Stadt und Land.

Aktiensteil. 4. April 1923.

Steuermäßigung für Kriegs- und Friedensdienstbeschädigte.

Auf Grund der nunmehr ergriffenen Ausschlußbestimmungen zum Einkommensteuergesetz vom 1. April 1923 können mit Wirkung vom 1. April 1923 weitere Ermäßigungen für Werbungskosten neben den allgemeinen ebensolchen Werbungskosten bei Kriegs- und Friedensdienstbeschädigten gewährt werden. Die Ermäßigungen zwischen außerlich Verliehen nach Art der Verwundung und innerlich Kranken bei einer Erwerbsminderung von 30 Proz. an. Ein entsprechender Antrag unter Vorlegung des Steuerbuchs und des letzten Rentenbescheides ist beim Finanzamt anzubringen. Auf besonderen Antrag können auch Zuschüsse in den Genuss der teilweise etwas höheren Erträge für innerlich Kranke kommen.

* Die Kraftpostfähigen der Staats-Klosterreihenbach-Kaunmünzgasse.

Vom 5. April an werden die Kraftposten auf den Anten Klosterreihenbach-Kaunmünzgasse zu nachstehenden Preisen abgeführt:

nach Bedarf an Tagen vor	nach Bedarf an Tagen vor
8.80 1.30 3.55 ab Klosterreihenbach PK	an 11.55 3.50 8.05
8.45 1.35 4.05 ab Aht. Pq.	ab 11.45 3.35 5.55
9.15 2.05 4.55 ab Schömünzgasse	ab 11.15 3.07 5.22
9.35 2.25 4.85 an Kaunmünzg. Bf.	ab 10.50 2.45 5.05

F. H. P. Landdruckungen.

Ab Donnerstag 5. April 1923 treten über die Dauer der Verkehrsunterbrechung in Offenburger folgende Fahrgelderänderungen ein: Auf der Strecke Pforzheim-Gütingen verkehren: Personenzug 904 Gütingen-Ragold täglich, Personenzug 910 Gütingen-Pforzheim täglich, Personenzug 917 Pforzheim-Gütingen täglich (bis 2.1 hieren Folge in etwas größerem Fahrgeld). Personenzug 912 Ragold-Culm nur bis 9. Okt. Dagegen fallen bis auf weiteres aus: Personenzug 918 Gütingen-Ragold, Personenzug 923 Ragold-Culm, Personenzug 937 Culm-Ragold werktags. — Zug 969 Gütingen ab 7.27 — Fremdenfahrt ab 8.27 — Schillach verkehrt wieder täglich. — Zug 965 Gütingen ab 5.02 — Fremdenfahrt ab 6.40 — Anschluß fällt aus.

* Landw. Bezirksverein.

In der am Gründonnerstag in der Traube in Ragold stattgefundenen Obmannerversammlung wurde die Gründung einer landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaft beschlossen. Nach lebhafter Aussprache wurde eine weitere Versammlung mit den Vertretern der Darlehn-

lassen und des landw. Bezugsvereins beschlossen, zu welcher von beiden Seiten je ein beruflicher Berater zugezogen werden soll. Die Diskussion ergab eine lebhafteste Zustimmung für möglichst baldiges Zustandekommen einer Bezugs- und Absatzgenossenschaft insbesondere da die Befreiung durch die Kaufstelle eine sehr teure und höchst unzuverlässige bisher gewesen sei. Allgemein wurde betont, daß nur ein gemeinsames Arbeiten zum Ziele führen könne und ein Stammarbeiten unbedingt notwendig sei. Die geplante Versammlung soll in nächster Zeit stattfinden. Es folgte die Bekanntgabe des Pachtravars der Mühle der Schwarzwälder Tachfabrik in Rohrdorf als Mühle und Lagerhaus. Dasselbe wurde mit 29 Stimmen angenommen; eine Kommission wird die Angelegenheit erst. u. t. x. ein. Daraus wurden die Mitgliedsbeiträge festgelegt. Die jetzt angelegten Rente in 10 J., soweit als zu möglich, abgerechnet werden. Es wurde pro Mitglied bis 10 Morgen 100 Mk., von 10—20 Morgen 200 Mk., 20—30 Morgen 400 Mk. und über 30 Morgen 600 Mk. als Mitgliedsbeitrag ab 1. April 1923 festgelegt. Sodann wurde das Ergebnis der Mühle, das als ein sehr gutes bezeichnet werden kann, bekanntgegeben. (Die einzelnen Ergebnisse werden später noch bekanntgegeben.) Zuletzt berichtete noch Herr Dr. Richter über die geplante sozialistische Viehpriämierung, bei welcher nur eingetragene Tiere prämiert werden sollen. Als Prämierungsort wurde Altenfurt vorgeschlagen, da man dort eine gute Beschickung erwarten könne. Für die Prämierungsquoten wurden die gleichen Sätze wie vor dem Kriege vorgeschlagen. Es soll noch ein besonderes Geschäft an den Bezirksrat, an die Stadt Altenfurt um einen Beitrag zur Erhaltung der Prämierungsscheine gefordert werden. Der landw. Bezirksverein hat ebenfalls einen Beitrag von 3000 Mk. bewilligt. Nachdem noch verschiedene Ausfragen erfolgten, schloß der Vorsitzende unter Worten des Dankes die anstehende Versammlung.

— Jahresberichterstattung.

Bei Jahrgelderstattungsanträgen, denen von der deutschen Reichsbahn aus Billigkeitsgründen — also nicht auf Grund rechtlicher Verpflichtung — entprochen wird, und die vom 1. April 1923 ab eingehen, werden 10 v. H. des Erstattungsbeitrages, mindestens aber ein Betrag in der Höhe des bewilligten Fernbriefpostes als Verwaltungsgebühren abgezogen. Wenn der Erstattungsbeitrag dem Fernbriefposteo gleichkommt oder weniger beträgt, bleibt der Betrag unberührt. Bei den durch die Stationsämter erledigten Erstattungsanträgen werden die vorbezeichneten Mindestsätze auf die Hälfte ermäßigt. Bei Jahrgelderstattung in Franken wird als Verwaltungsgebühr ein fester Betrag von 50 Rappen abgezogen.

— Waldbrandgefahr.

Wieder naht das Frühjahr und damit erfahrungsgemäß die Zeit der Waldbrände, die durch das um diese Zeit reichlich im Wald vorhandene harte Gras begünstigt werden. Da weit und breit die meisten Waldbrände durch Fahrlässigkeit entstehen, ist es nötig, die Bevölkerung und darunter insbesondere die Touristen und Kauter, immer wieder nachdrücklich auf die Bestimmungen des Forstpolizeigesetzes hinzuweisen, wonach es verboten ist, mit unverwahrtem Feuer oder Licht, also brennenden Zigaretten, Zigaretten, Pfeifen ohne Dedel, den Wald zu betreten, im Wald brennende oder glimmende Gegenstände wegzuerwerfen oder unvorsichtig zu handhaben und im Wald in gefährlicher Nähe des Waldes Feuer anzuzünden. Wer einen Waldbrand wahrnimmt, hat, wenn die sofortige Unterbrechung des Brandes nicht gelingt, so schnell als möglich dem Ortsvorsteher der nächsten Gemeinde Anzeige zu machen, auch ist jedermann verpflichtet, zur Löschung eines Waldbrandes auf Aufforderung der zuständigen Beamten Hilfe zu leisten. Ein Nichtbefolgen dieser Bestimmungen ist strafbar. Wie bei allen Bränden ist es besonders beim Waldbrand wichtig, daß er im Entstehen unterdrückt wird, daß die Löschen möglichst rasch zur Stelle sind (womöglich unter Benutzung des Fahrtrades) und daß sie sofort auch die

In des Lebens Mai.

Roman von Ant. Andree.

(Nachdruck verboten.)

(61)

Edel beherrschte sich kaum noch länger. „Doch ich die unerschütterlichen Erdbeben abbrechen, Mutter! Sie verlegen mich fortwährend. Ich kann und will mich nicht gegen meine Überzeugung von Asta lösen. Mir ist und bleibt sie die Freundin von jeher.“

Die Freifrau fand dies unredlich: „Sind wir schon so weit in unserem künftigen Empfinden auseinander gekommen, daß ich Mühe habe, meine Tochter zu verstehen? Ach, Kind! Meines ist trotz aller Wünsche und Schicksalschläge so unverändert sein geliebt, daß ich behaupte, kein junger Mann, der auf sich hält, würde einer Asta Weingut oder auch nur einer, die sich zu ihren Anschauungen bekennt, seine und die Ehre seiner Familie anvertrauen können.“

Edel hielt es nicht länger auf ihrem Plage aus. Sie erhob sich und trat zu ihrer Mutter. „Nicht kümmert es mich, Mutterchen, was ein junger Mann in diesem Falle tun würde; mich schmerzt es nur, daß wir einander nicht verstehen sollten.“

Mit weicher Hand strich sie der Freifrau über den glatten, noch immer braunen Scheitel und sagte bittend hinzu: „Hauhe mir doch! Ich verteilte Asta, weil ich sie lieb habe und weil ich weiß, wie schlecht mit ihr umgegangen worden ist; gebilligt habe ich ihre Flucht mit dem Maser nicht.“

Mitunter meinte Frau von Hochstätten ab. „Ja, ja — am Ende heißt's dann, die Mütter verstehen ihre Kinder nicht. Früher sprach man von der unverstandenen Frau, heutzutage haben wir es mit unverstandenen Töchtern zu tun.“

Entmutigt ging Edel nach dem offenen Balkongeländer. Sie fühlte, daß Horst's Blick ihr folgten. Mit einem Ruck wandte sie sich zurück und groß und stolz senkte ihr Auge sich in das lächelnde des jungen Mannes.

„Was sagen Sie zu den unverstandenen Töchtern. Herr

von der Gend?“, fragte sie und es klang, als wüßte sie ihm den Fehdehandschuh hin. „Meine Mutter scheint Vertrauen zu Ihrem Urteil zu haben, während sie dem meinen mit Misstrauen begegnete, wie Sie zu meinem Bedauern Gelegenheit hatten zu bemerken.“

„Sie irren, gnädiges Fräulein“, entgegnete Horst, ohne mit der Wimper zu zucken. „Was ich bemerke, was nur eine übergroße mütterliche Besorgnis, die sich abmüht, dem Fluge einer jungen Feuerssee zu folgen. Im übrigen, — die unverstandenen Töchter, wie ich sie mir denke, und abgesehen davon, daß sie ein zeitgemäßes Schlagwort bilden, — nun, ich halte sie für qualifiziert, unsere geliebtesten Frauen und besten Mütter zu werden.“

Edel war zu Rute, als hätte sie ein Geschloß nach ihm geteilt, das an seinem Schilde auf sie zurückgeprallt wäre. Frau von Hochstätten hingegen hätte am liebsten den jungen Mann, der so viel Verständnis für sie und ihre Sorgen hatte, in die Arme geschlossen. Sie begnügte sich indes damit, ihm freundlich zuzuschauen.

„Ja“, sagte sie mit Überzeugung. „Nur durch die Ehe kann das Leben unserer jungen Mädchen zu seiner glücklichen Vollendung gelangen. Alles andere bleibt für sie Halbheit, Unvollkommenheit. Das sogenannte „Aufgeben“ in einer Berufstätigkeit ist ein Unglück für jede Frau — eine Vergewaltigung ihrer Weiblichkeit. Ich sage es eheleich: jeden Augenblick gäbe ich mein bisheriges Leben mit Freuden hin, wenn ich meiner Tochter dadurch eine standesgemäße Heirat mit einem jungen, ehrenwerten Manne sichern könnte.“

Sie sprach aus einem Gefühl heraus so wahrhaftig und wirklich edel, daß es sie weit über die Situation erhob. Nicht einen Augenblick lam ihr der Gedanke: „Solch ein junger Mann sieht hier vor Dir.“

Ihrer Tochter aber war es, als hätte ihr jemand die Worte gerade ins Gesicht geschleudert. Aufstammend wandte sie es der Freifrau zu. Ihre Augen sprühten, — dennoch klang ihre Stimme gefaltet: „Liebe Mutter, als Du in die Ehe gingst, bist Du Deinem Herzen gefolgt. Du hast es mir gesagt, so oft Du von Vater sprachst. Mir dünkt, in diesem Punkte müßten wir uns verstehen. Gut, — ich heirate vielleicht auch einst; und wie bei Dir, wird auch bei mir das Herz den Ausschlag geben. Mir

allen, was gesund und gut und stark in mir ist, will ich den Mann lieben, dessen Frau ich werde. Dann aber mag er sein, was er will, ich würde ihn unter allen Umständen für standesgemäß halten.“

Wieder fühlte sie Horst's Blick. Sie sah in an. Er lächelte, aber sein Gesicht hatte sich entspannt. Mit einem Male trat er vor sie hin. Seine Augen blickten voll Entschlossenheit. „Gnädiges Fräulein —“

Doch Edel ließ ihn nicht zu Worte kommen. „Ihre Miene verfinsterte sich zu einer Drohung. Sie warf den Kopf in den Nacken und über ihre Lippen stürzte es: „Ich möchte Ihnen nicht raten, Herr von der Gend, sich einzubilden, meine gute ahnungslose Mutter hätte mich vorher Ihnen loszulegen angeboten.“

Aber da funkelten auch seine Augen zornig auf. Mit einem Griffel bedachte er sich ihrer Hände, daß sie sich nicht rühren und rühren konnte.

„Ich wollte, Ihre gute Mutter hätte es getan, dann würde ich anders zugepaßt haben, Sie geliebter Cuercopf! So aber habe ich kein Recht, Sie zu halten.“

Er ließ sie los. Seine Sten entwölkte sich und ein leises Lächeln begann in seinen Augen zu spielen, als er sich umwandte, um die Hand der Freifrau voll Ehrfurcht an seine Rippen zu fassen.

„Liebe, gnädige Frau“, sagte er und beugte das Knie vor ihr. „Würden Sie mich als Sohn annehmen, wenn es mir gelänge, das trostige Herz Ihrer Tochter zu gewinnen? Ich habe Edelgard geliebt, seitdem sie zum ersten Male ihren Born auf mich sprachen ließ, — nicht weil sie ein schönes Mädchen ist, sondern weil ich unter all dem Spritzen und Funken den stetigen, goldenen Glanz ihrer Seele leuchten sah. Es gibt für mich kein anderes Weib mehr auf der Welt. Darf ich mit Ihrer Zustimmung weiter kämpfen um Liebe und Glück?“

Frau von Hochstätten war so erschüttert, daß sie nur das eine Wort über ihre Lippen brachte: „Ja.“ Und wieder: „Ja.“

Vor Edel's Augen flirrte und kimmerte alles durcheinander. (Bewältigung folgt.)



zur Verfügung nötigen Werkzeuge mitbringen. Hierzu gehören in erster Linie Sägen, Schanellen und Kreuzsäge zum Ausschlagen des Feuers, Abziehen des Bodenüberzugs und Bedecken mit Erde, sodann Kerze und einige Sägen. Es ist dringend wünschenswert, daß in jeder Gemeinde an einem allgemein bekannten Platz (Erzbrunnhaus bzw. Rathhaus) diese Werkzeuge in der erforderlichen Zahl bereit gehalten und im Falle eines Waldbrandes so rasch wie möglich, d. h. bei größeren Entfernungen mit Fuhrwerk, auf den Brandplatz geschafft werden. Der Wald ist heute ein solch kostbares Gut, daß man nicht leichtsinnig damit umgehen darf, vielmehr alle Mittel anzuwenden sind, daselbe auch ungeschädelt der Allgemeinheit zu erhalten.

Von den württembergischen Strafanstalten. Um die Bezeichnung der höheren gerichtlichen Strafanstalten einheitlicher zu gestalten, hat das württembergische Justizministerium verfügt: Das Zellengefängnis Heilbronn und das Festungsgefängnis Ulm führen künftig die Bezeichnung „Landesgefängnis“. An die Stelle der Bezeichnung „höhere gerichtliche Strafanstalt“ tritt künftighin die Bezeichnung „Landesstrafanstalt“. Landesstrafanstalten sind: die Landesstrafanstalt Ludwigsburg mit Zweigstrafanstalt Hohenasperg, sodann die Landesstrafanstalt Gotteszell mit Abteilung für weibliche Einzelgefängnisse, ferner die Landesgefängnisse Heilbronn, Kottenburg und Ulm. Die Bezeichnung „Direktion“ kommt in Wegfall, an ihre Stelle tritt demnach die Bezeichnung „Verwaltung“.

Erhöhung des Schulgelds. Um das Schulgeld der seit der letzten Erhöhung einmündigen starken Bevölkerung wenigstens teilweise anzupassen — wobei es hinter den Schulgelddrücker anderer Länder immer noch nicht unerschöpflich zurückbleibt — hat das Kultusministerium das jährliche Schulgeld wie folgt erhöht: An Latein- und Realschulen ohne Oberklassen auf 12 000 M., an Schulen mit Oberklassen auf 15 000 M., an den Bürgerschulen auf 9 000 M., an den Mittelschulen auf 6 000 M., an den Gewerbeschulen je nach der Größe derselben auf 600—1200 M., an den Handelsvollschulklassen auf 15 000 M., an den Gewerbeschulklassen auf 12 000 M., an den gewerblichen Zeichenschulen auf 200—600 M.

Versärgeltes auf den staatlichen Beschäftigten. Das für das Decken einer Stufe zu entrichtende Beschäftigtengeld ist, wenn nicht vom Stutenbesitzer ein Zentner Haber oder Gerste abgeliefert wird, mit Wirkung vom 1. April ab auf 27 000 M. auf die Dauer des Monats April festgesetzt worden.

Magdab. 3. April. (Amtsblättern.) Ratsherr Oberster feiert an dieser Tage sein 40jähr. Amtsjubiläum in großem und prächtigem Fest.

Gallersbach, 3. April. (Von Lieberkorn.) Am 3. Juni findet der Viebeskatz sein 50jähriges Jubiläum verbunden mit Fasnachtsfeier. Über 30 Vereine haben sich schon längst angemeldet von denen jeder ein Lied auf der Bühne vorlegt. Der festgebende Verein und die Gemeindeführer werden hierzu ihre Vorbereitungen. So werden schon ein jeder Festplatz im B. die Lust der Singschüler hören und Unterwandsdorf, hergerichtet. Für Besondere dürfte dieser Fest ein gemeinsamer Tag werden.

Freudenstadt, 3. April. (Städtung eines Landw. Berufs- und Abloschgenossenschaft.) Nachdem am Gründonnerstag die schon längere Zeit schwebende Frage der Gründung einer Berufs- und Abloschgenossenschaft der Ortsangehörigen in einer Besprechung in der Bahnstation in Hornstätten auch die „Berufs- und Abloschgenossenschaft“ unter Dach und Fach gebracht werden. In seiner letzten Sitzung hatte der Vorstand den Beschluß gefaßt, die längst geplante Genossenschaft an die bereits bestehende Genossenschaft Freudenstadt anzuschließen, womit sich die Obmänner der jenigen Genossenschaft, die bereits Anteilnahme beim Landw. Bezirk rein geschienen haben, nach lebhafter Aussprache einverstanden erklärten. Es sollen nun die Ortsvereine als solche mit 1—3 Anteilen der Genossenschaft beitreten. Das Eintrittsgeld für jeden Anteil soll 6000 M., der Anteil selbst 4000 M. betragen, die Gesamtsumme 10 000 M. Um weiteres Betriebskapital zu erhalten, solle außerdem jedes Mitglied der beteiligten Ortsvereine der Genossenschaft ein verzinsliches Kautelen von 1000 M. geben, das jederzeit kündbar werden kann.

Stuttgart, 3. März. (Die Gemeindeumlage für 1922.) Auf Grund des Württ. Landessteuer- und Finanzgesetzes ist die Gemeindeumlage auf Grundbesitz für 1922 nur mit Genehmigung der Ministerien des Innern und der Finanzen 25 Prozent der Katasterhöhe überhöhen. Da sich die Notwendigkeit einer solchen Überhöhung infolge des gesunkenen Geldwerts in weiterem Umfang geltend macht, wurden Gemeinderatsbeschlüsse, die die Gemeindeumlage für 1922 auf nicht mehr als 125 Prozent der Kataster festsetzen, von den zuständigen Ministerien allgemein unter gewissen Voraussetzungen zum Voraus genehmigt.

Hypothekengläubiger-Schutzverband. In der vom Bund gegen Bücher und Feuerung einberufenen Versammlung wurde beschlossen, in Angriff zu nehmen an den Bund einen Landesverband Württemberg des Hypothekengläubiger-Schutzverbandes für das Deutsche Reich zu gründen. Die nächsten Aufgaben des Landesverbandes werden folgendermaßen festgelegt: 1) allen Hypothekengläubigern zunächst den Rat zu erteilen, unter Berufung auf § 607 des BGB. Rückzahlungen von Hypotheken nur anzunehmen und Löschungsjährige Quittung nur zu erteilen unter ausdrücklicher Vorbehalt einer künftigen gesetzlichen Regelung; 2) mit aller Energie in Verbindung mit dem Reichsverband den unverzüglichen Erlaß eines Reichsgesetzes zu betreiben, das den Gläubigern der Befreiung entbehrt, sich für abgelehnt zu erklären und Löschungsjährige Quittung zu erteilen, ohne daß ihm eine angemessene Aufwertung seiner Forderung gewährt wird; 3) zu erstreben, daß diesem Gesetz rückwirkende Kraft zuerkannt wird.

Die Unterbringung Ausgewiesener. Das Ministerium des Innern gibt eine Verfügung zur Ausführung des Gesetzes bekannt, wonach die aus dem besetzten rheinischen Gebiet oder dem Einbruchgebiet ausgewiesenen oder durch unmittelbaren Zwang entfernten deutschen Reichsangewanderten und ihre Familien vor allen anderen Wohnungssuchenden unterzubringen sind. Die Gemeindebehörden haben ihnen deshalb die erste freiwerdende Wohnung zuzumessen. Die Anträge auf die Ueberlassung von Wohnungen an die Ausgewiesenen werden von der „Stellstelle für die aus dem besetzten Gebiet und den überlieferten Grenzländern Vertriebenen“, nach Prüfung der Minderleistung der Ausgewiesenen, an die Wohnungsbeschwerdestelle des Polizeipräsidenten Stuttgart und die Oberämter gerichtet.

Blochingen, 3. April. (Krankenhausnot.) Da die württembergische Genossenschaft des Johanniterordens infolge der allgemeinen Leerung, insbesondere der enorm hohen Kohlenpreise, den Betrieb des Johanniter-Krankenhauses in Blochingen nicht mehr im bisherigen Umfang aufrecht erhalten kann, so hat die Amstverammlung Blochingen einem Vertrag zugestimmt, wonach der Betrieb durch den Orden für Rechnung der Amstverammlung Blochingen unter der Aufsicht eines vom Bezirksrat bestellten Verwaltungsrats weitergeführt und der Abmangel zu Zweidrittel von der Amstverammlung und zu einem Drittel vom Orden getragen werden soll.

Friedrichshafen, 3. April. (Leichenfund.) Unter der Schiffsbrücke in Erisloch wurde am Montag die Leiche des auf so tragische Weise verunglückten 23-jährigen Unterlehrers Wilhelm Eisele, gebürtig aus Gmund, aufgefunden, der am 4. Februar auf der Heimkehr von einem Ausflug in Rüdinger Nacht in der hochwasserführenden Schiffsbrücke ertrunken ist.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Das 13. Deutsche Turnfest in München. Der Hauptanstoß des 13. Deutschen Turnfestes in München erfolgt einen Aufruf, worin darauf hingewiesen wird, daß das Deutsche Turnfest in München 1923 vaterländisch gefühlte Männer und Frauen aus allen Ecken Deutschlands vereinigen wird für deutsche Einigkeit und Treue, deutsche Art und deutschen Sinn. In dieser Absicht wendet sich der Hauptanstoß an die bayerischen Volksgenossen in Stadt und Land um Beistand und tatkräftige Förderung für das Deutsche Turnfest München 1923, das dem ganzen Lande Bayern und seiner Landeshauptstadt Ruhm und Ehre bringen soll. Das Deutsche Turnfest München 1923 soll ein Fest für deutsches Volkstum, deutsche Einheit, Ehre und Freiheit werden.

Streit am Weimarer Nationaltheater. Am Oster-Sonntag ist das Chor- und Balletpersonal des Nationaltheaters wegen Nichtbewilligung von Gehaltsforderungen in den Streit getreten. Die vorgesehene Aufführung von „Bertram“ und „Faust“ mußten durch Walküre und Tasso ersetzt werden.

Ein Opfer der französischen Gewalttätigkeit. Die Frau des Telegraphendirektors Frosch in Wiesbaden, der kürzlich von den Franzosen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hat sich infolge Nebenverurteilung über das Schicksal ihres Mannes zum Fenster hinausgehängt. Sie war sofort tot.

Am Tode vereint. Fast zur selben Stunde aus dem Leben geschieden sind die Eheleute Theodor Bögerich in Wolfrich in Baden. Beide Eheleute waren über 80 Jahre alt. Zuerst starb Frau Bögerich ohne daß ihr Mann etwas davon gemerkt haben dürfte und etwa zwei Stunden darauf wurde der Ehemann aus dem Leben gerufen.

Auszeichnung. Die Technische Hochschule Hannover hat dem bewährten Lehrer an der Technischen Hochschule zu Dresden, Prof. Emil Högg, als „dem Künstler und treuen Bewahrer niedersächsischer Kunst“ den Dr. in. ehrenhalber verliehen. Prof. Emil Högg ist im Jahre 1867 in Heilbrunn a. N. geboren.

Revolution in Rumänien? Am Sonntag waren in Paris und London Gerüchte verbreitet, daß in Rumänien eine Revolution ausgebrochen sei und daß die königliche Familie sich nach Altbia Julia habe flüchten müssen. Eine Bestätigung bleibt abzuwarten.

70 Millionen Diebstahl bei der internationalen Arbeiterhilfe in Berlin. Ein vorläufig noch unaufgeklärter Diebstahl ist bei der Industrie- und Handels-K. G. (Internationaler Arbeiterhilfe) ausgeführt worden. Als die Kassiererin für einige Minuten das Zimmer verließ, wurde eine Kassette, in der sich Dollar- und Pfundnoten in Höhe von 70 Millionen M. befanden, gestohlen.

Woher die Kommunisten Geld haben. Der württ. Landtagsabgeordnete Karl Hausel-Rütingen, Mitglied der Vereinten soz. Partei, berichtete im Anschluß an eine Versammlung in Unterensingen, wo es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Kreeber mit dem kommunistischen Führer Knaus kam, daß Knaus beim Abschluß der Sammlungen für die hungernden russischen Brüder zu ihm (Hausel) auf Befragen gesagt habe: „Die gesammelten Gelder kommen selbstredend nicht nach Russland, denn es wäre eine Dummheit, die Gelder erst nach Russland zu schicken, da wir (die Kommunisten) doch fortlaufend Mittel von dort zu deutschen Parteizwecken erhalten.“

Griechenmord in Berlin. Im Grunewald bei Berlin wurde ein griechischer Medizinstudent ermordet und beraubt aufgefunden. Er soll 10 Dollarnoten bei sich getragen haben. Eine Belohnung von 100 000 M. auf Ermittlung des Täters ist ausgesetzt.

Begnadigung des Erzbischofs Lepist. Das Präsidium des Alt-russischen Exekutivkomitees beschloß, das gegen den Erzbischof Lepist ergangene Urteil in zehn-jährige Freiheitsstrafe mit strenger Einzelhaft umzuwandeln. Das Gesuch um Begnadigung des Priesters Butkewitsch wurde abgeschlagen.

Der Sternenhimmel im April. In der Zeit von Mitte April bis Mitte Mai nimmt der Sternenhimmel nun schon durchaus einen sommerlichen Charakter an. Abends um 9 Uhr herum sehen wir den Stier und den Orion fast ganz untergegangen, nur der kleine Hund steht noch ziemlich hoch am Abendhimmel, ist aber auch noch vor Mitternacht verschwunden. Cassiopea steht ziemlich hoch im Nordwesten, ebenso Ugal im Perseus noch mehr nach Norden. Die Milchstraße schlingt sich um den nördlichen Teil des Himmels, in ihr Cassiopea tief unten im Norden. Am Osthimmel steht hoch Castor und Pollux, daneben nach dem Meridian zu der Krebs, und dann der große Bär, darüber der kleine. Vor dem Meridian sehen wir die Jungfrau, unter ihr den Raben, ein nur unbedeutendes Sternbild. Die Mitte des Osthimmels nehmen Bootes und Krone ein, weiterhin dann nach Norden Herkules und Vega in der Leier. Der große Bär geht durch den Zenit, seine Stellung als nicht untergehendes Sternbild diene mit Recht früher als Uhr, denn in den verschiedenen Jahreszeiten stehen seine Sterne sehr verschieden zu der Linie, die den Pol mit dem Zenit verbindet, und die in der Natur lebenden Jäger und Hirten konnten dies sehr genau. Von den Planeten ist mitzuteilen: Merkur kommt durch die Fische in den Widder, ist am 8. April in oberer Konjunktion mit der Sonne. Am 18. April ist er im Perihel. Mars, zwischen Widder und Stier, steht am Abendhimmel im Westen. Saturn steht in Opposition zur Sonne d. h. von der Erde aus gesehen gerade entgegengesetzt zur Sonne, er geht also bei Sonnenuntergang auf und ist die ganze Nacht wieder am Himmel. Deutlich von ihm steht Jupiter, Venus im Wassermann, am 28. im Ästiel ist am Morgen vor Sonnenaufgang im Osten zu finden. In Konjunktion treten am 12. Venus, 16. Merkur, 19. Mars, 29. Saturn.

Vom Bücherisch.

Der Jährling. Ein Buch für werdende Männer. Herausgegeben von Dr. Gustav Kades.

Des Ursin der Tagespresse: ... Das Buch, in dem auch Erwählung v. a. an der Bedrückung zu werden, scheint in sei er Zusammenfassung recht geeignet, den werdenden Mann heranzuführen aus dem Jugendial ins erste Leben ... (Münchener Zeitung 1922, Nr. 893 a.)

... Es gibt kaum eine schwierigere Aufgabe, als für jene Altersstufe, in der der Knabe zum jungen Mann wird, das Mädchen zum Weibe erwacht, die richtige Linie zu finden. Soll doch das Buch mit seinem Wort an die kindliche Vergangenheit erinnern und darf andrerseits doch noch nicht verweigern, was erst durch das Leben aufzublühen soll. Und wehe gar dem Buche, dessen moralisierende oder spekulierende Absicht allzu deutlich hervortritt: es ist für den Jungen einseitig, der sich selbst schon als Mann betrachtet. Wenn jenes Buch die hier aufgestellten Forderungen erfüllt hat, ja als vordringlich bezeichnet werden darf, so ist es der „Jährling“ ... (Reichspost, Wien 1922, Nr. 238.)

... Ein Führer zu hohen Lebensidealen. Eltern, Jugendfreunde und Erzieher erhalten mit diesem reich illustrierten Buch ein gebigtes Geschenkwerk von wertvollem Gehalt. (Neue Freie Presse, Wien Nr. 20 916.)

Es ist unbedingt eine tröstliche Idee, die der Herausgeber verfolgt. Für die Jugend zwischen den Knabenjahren und dem Mannesalter soll in diesen Wäldern ein Führer entstehen. ... Wir glauben, daß das Buch vollkommen seinen Zweck erreicht. Es wird mit seiner bunten Mannigfaltigkeit, mit seinem ausgesprochenen Volkstümlichkeit und dem starken romantischen Einschlag unsere Jungen haben und dabei des Rheins zu fesseln wissen. Schriftsteller von Ruf haben dem Herausgeber geholfen, ein Werk zu erstellen, dem man nur recht viele Nachfolger wünschen kann. Man kann sich kaum ein schöneres Festspielchen denken als dieses Jugendbuch. (Bozler Volksblatt 1922, Nr. 284.)

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Dienstag in Frankfurt 21 047,55 G., 21 152,45 Br., in Berlin 21 196,85 G., 21 300,15 Br.

- 1 Schweizer Franken = 3927 G., 3947 Br.
- 1 französischer Franken = 1404 G., 1411 Br.
- 1 italienischer Lira = 1062 G., 1067 Br.
- 1 holländischer Gulden = 8339 G., 8380 Br.
- 1 Pfund Sterling = 99 126 G., 99 623 Br.
- 100 österreichische Kronen = 23,92 G., 30,08 Br.
- 1 tschechische Krone = 628 G., 631 Br.
- 1 dänische Krone = 4039 G., 4060 Br.
- 1 spanischer Pesetas = 3279 G., 3295 Br.

Der Reichsbanknotendruck. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. März hat sich die Beanspruchung der Bank in der dritten Märzwoche außerordentlich verdichtet. Die gesamte Kapitalanlage liegt um 701,5 Milliarden M. auf 6570,5 Milliarden M. Die Steigerung des Notenumlaufs weist mit einem Betrag von 683,1 Milliarden M. eine neue Höchststufe aus; die Summe der Banknotenausgabe ist damit auf 4865,6 Milliarden M. angeschwollen.

Landesproduktionsbüro Stuttgart. Die Stimmung auf dem Getreidemarkte hat sich in abgelaufener Woche etwas fester gehalten und es waren die Forderungen höher. Die Käufer beobachteten nach wie vor Zurückhaltung. Es wurden notiert für gesunde trockene Ware ab württ. Stationen: Neuer Weizen, württ., je nach Lieferzeit 90—100 000, neue Sommergerste 72—75 000, Haber 50—60 000, Weizenmehl Nr. 0 mit Zusatz von Auslandgetreide 165—175 000, dito Brotmehl 150 bis 170 000, Kleie 36 000, Get. württ. 34—36 000, Stroh, drahtgepreßt 34—37 000 M.

Kundenmahlflohn. Gemäß Vereinbarung zwischen dem landwirtschaftlichen Hauptverband und dem Württ.-Höhenz. Mühlen-Hauptverband beträgt der Kundenmahlflohn für den Monat April 1923 bei 6 Prozent Mäcker 3435 M., bei 7 Prozent Mäcker 2840 M. bzw. Zentner.



